

Schweizer Städtepolitik

In der Stadt geboren werden, aufwachsen, leben, sich entfalten und alt werden

Unser Massnahmenplan für eine zukunftsorientierte Städtepolitik

Verabschiedet vom Parteipräsidium am 12. September 2011

Ausgangslage : die CVP eine Städtepartei?

In der Schweiz leben heute rund drei von vier Einwohnern in Stadtregionen, und der Trend zur Verstädterung setzt sich weiter fort. Die Entwicklung unseres Landes erfolgte durch die Entwicklung seiner Grossstädte, die historisch protestantisch und liberal geprägt sind. Im Laufe dieser Entwicklung hat sich die CVP dennoch nach und nach in den meisten Städten unseres Landes etabliert und dafür gesorgt, dass unsere Abgeordneten in zahlreichen Parlamenten und Exekutiven der schweizerischen Städte verantwortliche Stellungen einnehmen konnten. Dank ihrer pragmatischen Lösungen für die Probleme und Herausforderungen unserer Städte, ist die CVP zu einem wichtigen Akteur in der Verwaltung der Städte geworden. So hält die CVP heute mehr als 17,3% der Sitze in den Exekutiven der 152 Schweizer Städte.

Als Herz der verschiedenen Regionen unseres Landes sind die Städte das wirtschaftliche und kulturelle Zugpferd der Schweiz. Die Bevölkerungs- und Bebauungsdichte bieten ein grosses Innovations- und Entwicklungspotential, insbesondere im Bereich der Infrastruktur (Transport, Energie usw.), der Raumplanung (Wohnungswesen) und der Kulturförderung. Die Städte haben seit jeher eine Vorreiterrolle in diesen Bereichen gespielt und so zum Erfolg der Schweiz beigetragen.

Die Städte haben immer Leute aller Regionen, aus der ganzen Welt und aus der Schweiz angezogen. Sie sind Orte der Begegnung, und so treten soziale Phänomene in Städten zuerst – und oftmals viel ausgeprägter – auf. Dementsprechend müssen sich Städte stets auf neue Herausforderungen einstellen, wie Mobilität, kulturelle Erwartungen der verschiedenen (religiösen, demografischen u.a.) Gemeinschaften, Wohnraumangel, Möglichkeiten der Kleinkinder- oder Altenbetreuung. Soziale Durchmischung und die Anonymität der Masse bringen jedoch für Teile der Bevölkerung auch Probleme wie soziale Unsicherheit, Isolierung, soziale Ausgrenzung, Armut und Gewalt mit sich. Nicht zuletzt verursachen auch die Einsparungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft zusätzliche Ausgaben für die Schweizer Städte und Gemeinden.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich der städtische Raum weitgehend verändert und ausgedehnt, und dies oft auf eine wenig harmonische Art und Weise. Die Bevölkerung ist nach und nach an den Stadtrand ausgewichen, und die Städte haben einen Teil ihrer Identität verloren, insbesondere in architektonischer Hinsicht. Die CVP hat sich zum Ziel gesetzt, unseren Städten ihre Schönheit und Harmonie von vor 20 Jahren wiederzugeben. Es geht insbesondere darum, das Stadtgefüge zu verdichten, also die bestehenden städtischen Flächen ausgiebiger zu nutzen, dabei die bestmögliche Qualität der Siedlungsgebiete zu bewahren und das Augenmerk hierbei insbesondere auf die Lebensqualität zu legen. Wir wollen den Einwohnern die Lust am Leben in der Stadt zurückgeben.

All diese Herausforderungen setzen die Entwicklung einer nachhaltigen Politik voraus, die den sozialen und bebauten Raum so gestaltet, dass das Zusammenleben gefördert und begünstigt wird. Die CVP Schweiz setzt sich entsprechend für konstruktive und realistische Lösungen in den oben genannten Bereichen ein, die besonders auf den städtischen Kontext zugeschnitten sind.

Die Städtepolitik betrifft hauptsächlich die Behörden in den Kantonen und Gemeinden. Die Bundesverfassung sieht jedoch vor, dass der Bund die besondere Situation der Städte und städtischen Ballungszentren berücksichtigt¹. Aus diesem Grund beabsichtigt die CVP Schweiz, ihre Städtepolitik zu vertiefen. Dieses Papier entwickelt zahlreiche Massnahmen,

¹ Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV) ; Art. 50 Abs. 3

die auf Bundesebene durchsetzbar sind, empfiehlt aber ausserdem auch Massnahmen auf kommunaler und kantonaler Ebene.

1. Raumentwicklung und Stadtplanung

Die Bevölkerung in den Städten und Ballungsgebieten unseres Landes wächst stetig und stellt diese vor immer neue Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf territoriale und städtebauliche Entwicklung. Eine Vielzahl von Städten und Ballungsgebieten leidet unter einer mehr oder weniger ausgeprägten Wohnungsnot, die durch eine Verringerung der Haushaltsgrösse und die Steigerung der durchschnittlichen Einkommen verschärft werden. Die Ausdehnung der Städte setzt sich somit in der Schweiz seit Jahren unaufhaltsam fort. Stadtrandgebiete scheinen in der Tat immer attraktiver zu werden, insbesondere für Familien, für die es in den Innenstädten keinen bedarfsgerechten Wohnraum gibt.² Die Folge: die Bevölkerungsstruktur vereinheitlicht sich innerhalb der Wohnviertel und die Verkehrsprobleme nehmen zu. Bis in die 1990er Jahre bot die Raumplanungspolitik für die urbane Schweiz keinerlei Vision und ignorierte weitestgehend die Städte. Die Politik der Ballungsgebiete spielt jedoch eine kapitale Rolle für die Stadtplanungspolitik.

Die CVP verfolgt folgende Ziele und Massnahmen:

- Verdichtung der städtischen Gebiete: Die Stadtgebiete müssen verdichtet werden, um der Ausdehnung der Städte Einhalt zu gebieten, die sich besonders negativ auf die Umwelt auswirkt und eine verstärkte Nutzung des Automobils zur Folge hat³. Sie führt ausserdem zu einer sozialen Kluft und einem hohen Bodenverbrauch. Studien zu den möglichen Formen der Verdichtung wie Gebäudeaufstockung oder Nutzung der Dachböden sprechen von einer verfügbaren Fläche von 120 Millionen Quadratmetern.
 - o In die Höhe bauen: Es sind Rahmenbedingungen (Vorschriften) und Anreize zu schaffen, die erlauben, in den Kernstädten höher zu bauen, und die bestehenden Gebäuden zu erhöhen.
 - o Die Bauvorschriften anpassen: Die gesetzlichen Baubestimmungen (Höhe, Distanz, Volumen, usw.) sollen angepasst werden, um diese Verdichtung zu erlauben.
 - o Die funktionale Durchmischung fördern: Es geht darum, den Mix zwischen Geschäften, Büros und Wohnungen innerhalb den Gebäuden in den Kernstädten zu fördern.
 - o Die Arbeitsplätze verdichten: Wir wollen Anreize für die Unternehmen schaffen, damit diese ihre Arbeitsplätze verdichten, und so ein Teil der Räume für andere Unternehmen oder für Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Diese Verdichtung darf die Arbeitsbedingungen nicht beschädigen beeinträchtigen.
- Entwicklung der Industriebrachen: Studien zeigen, dass die bestehenden Industriebrachen der Größe der Stadt Genf entsprechen, also einer Fläche von 17 Millionen Quadratmetern. Für ihre Umnutzung sind jedoch enorme Ausgaben für die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes notwendig. Das hält die Investoren oftmals davon ab, sich an ein Projekt für die Entwicklung einer Brache heranzuwagen. Die öffentlichen Körperschaften könnten einen Teil dieser Sanierungskosten vorfinanzieren, ja sogar übernehmen, möglicherweise im Gegenzug für ein Kaufrecht

² Zwischen 1970 und 2000 ist diese Art Siedlungsbereich um 36,2% angewachsen ; die 25 grössten Städte in der Schweiz haben 10% ihrer Bevölkerung verloren, obgleich seit dem Jahr 2000 ein Phänomen der Neu-Verstädterung durch die Altersklasse der 15 bis 30jährigen zu beobachten ist.

³ In der Schweiz wurde nachgewiesen, dass sich die Einwohner einer Stadt mit steigender Dichte zunehmend zu Fuss, mit dem Fahrrad oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fortbewegen.

- an der Entwicklung des Standortes, indem sie beispielsweise den Bau einer bestimmten Anzahl von preisgünstigen oder gemeinnützigen Wohnungen fordern.
- Nutzungspläne: Die Schönheit einer Stadt erwächst aus ihrer Homogenität. Strengere Regeln für Raumordnungspläne sollen den Schweizer Städten ihre Harmonie wiedergeben.
 - Koordinierung der Umstellungsprojekte: Studien zeigen, dass die Entwicklung einer Industriebranche insbesondere durch Probleme organisatorischer oder struktureller Natur verhindert oder verzögert wird. Die Eigentümer und Unternehmer erwarten von den Behörden eine erste kompetente Beratung oder die Zurverfügungstellung eines Projektleiters, der beispielsweise in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen. Es ist dementsprechend von grösster Wichtigkeit, dass die Kantone und Gemeinden bereits in der Anlaufphase ausreichend beraten und dabei auf eine gute Koordinierung unter den Behörden achten und eine Partnerschaft zu den Eigentümern und Privatunternehmern aufbauen (z.B. PPP).
 - Wohnbaugenossenschaften: Die Wohnbaugenossenschaften bieten Wohnungen an, die sehr oft um einiges preiswerter sind als die Marktpreise. Die Zurverfügungstellung von öffentlichem Grund für den Bau für die Genossenschaften muss daher vereinfacht werden, und die Genossenschaften müssen bei der Umsetzung der Nutzungspläne in den Genuss von bestimmten Vorteilen kommen.
 - Wohnbauförderung: Mehrere Studien zeigen in der Schweiz eine bedeutende Baulandhortung. Wenn der Bau von neuen Wohnungen in den Städten begünstigt werden soll, müssen die Behörden auf Fördermassnahmen wie steuerliche Anreize zurückgreifen oder über die Grundsteuer Druck ausüben, um die Eigentümer davon zu überzeugen, ihren Grund und Boden zu verkaufen oder weiterzuentwickeln.
 - Kooperation zwischen den Gemeinden: Die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Raumordnung muss in den Ballungsgebieten deutlich verstärkt werden. Sie ermöglicht eine bessere Standortplanung zu Bauten und Anlagen von überkommunaler Bedeutung und Ausstrahlung (z.B. Arbeitsplatzstandorte, Einkaufszentren, Industrie und Handwerk, Bauten und Anlagen für den Sport, die Erholung und die Freizeit).
 - Synergien: Durch die öffentlichen Körperschaften sind Strukturen zu schaffen, die die Synergien zwischen den Unternehmen begünstigen, welche auf der Suche nach einem geeigneten Standort sind.
 - Funktionale Räume: Viele Herausforderungen machen an Gemeinde- und Kantonsgrenzen nicht Halt. Das Raumplanungsgesetz soll diesen Entwicklungen Rechnung tragen und die funktionalen Räume als Entscheidperimeter für viele Fragen aufnehmen.

2. Umwelt und Energie

Die CVP setzt sich für eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik ein. Dabei müssen die Städte die treibende Kraft für die Entwicklung unseres Landes im Energiebereich hin zu einer „2000-Watt-Gesellschaft“ sein. Selbstverständlich handelt es sich um ein langfristiges Ziel – eine Aufgabe für mehrere Generationen. Aber wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir schon heute gezielte und konkrete Massnahmen umsetzen. Die Städte spielen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Energiepolitik eine sehr aktive Rolle. Gegenwärtig tragen 248 Städte und Gemeinden das „Energienstadt-Label“ und verpflichten sich zur Förderung der erneuerbaren Energien, zur Förderung einer umweltgerechten Mobilität und zur effizienten Nutzung der Ressourcen. Es geht insbesondere um die Überwachung der Energieeffizienz der Gebäude speziell durch entsprechende Sanierungsmassnahmen.

Die CVP verfolgt folgende Ziele und Massnahmen:

- Erneuerbare Energien: Städte haben ein grosses Potential für die dezentralisierte Produktion von erneuerbaren Energien. Die Entwicklung von Fernheizungsanlagen, die mit erneuerbaren Energien gespeist werden (z.B. Holz, Müll), muss auf Landesebene ausgedehnt werden. Hierfür ist es jedoch notwendig, die Infrastrukturen der Netze zu erweitern. Über die ständige Kontrolle der Leistungen des Heizungsnetzes mit Hilfe von Fernmessungen ist es ausserdem möglich, die Energieeffizienz zu verbessern und den Nutzern gegenüber Qualitätsdienstleistungen zu gewährleisten. Die Genehmigungsverfahren müssen verkürzt und vereinfacht werden.
- Industrielle Ökologie: Die industrielle Ökologie zielt auf eine Optimierung der Industriesysteme hinsichtlich einer optimalen und nachhaltigen Nutzung der Ressourcen unter Einbeziehung des gesamten Wirtschaftslebens. Daraus ergibt sich ein innovatives Management des Material-, Wasser-, Energie-, Informations- und Müllaufkommens, mit dessen Hilfe die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen eines Gewerbegebietes, einer Stadt oder Region gestärkt und dabei deren Umweltverträglichkeit erhöht wird. Die grösste Herausforderung besteht in der Planung und Steuerung einer integrierten und qualitativen Entwicklung auf regionaler Ebene. Es ist daher angebracht zu untersuchen, wie die Anwendung der Grundsätze der industriellen Ökologie in und mit den Kantonen und Gemeinden koordiniert und gefördert werden kann, im Besonderen in Form von öko-industriellen Parks und Unternehmensclustern zur Optimierung der Ressourcennutzung, ganz nach dem Vorbild der in mehreren Kantonen und Ballungsgebieten bereits angelaufenen Projekte.
- Thermografieuntersuchungen: Die öffentlichen Körperschaften sollten sich finanziell an Thermografieuntersuchungen beteiligen, anhand derer mit Infrarotbildern die Schwachstellen bei der Isolierung eines Gebäudes festgestellt und somit die vorzugsweise zu sanierenden Gebäude bestimmt werden können. Diese Subventionierung stellt für die Eigentümer einen guten Anreiz dar, ihre Gebäude zu sanieren, und unterstreicht zudem das enorme Einsparungspotential.
- Öffentliche Bauten: Im Bau müssen die öffentlichen Körperschaften als Beispiel vorangehen. Alle neu gebauten oder komplett renovierten Gebäude sollten mindestens dem Minergie-Standard entsprechen (wenn dies umsetzbar ist). Zudem sind die Gebäude mit der schlechtesten Energiebilanz innerhalb von 15 bis 20 Jahren zu sanieren.
- Öffentliche Beleuchtung: Die öffentliche Beleuchtung der Städte ist mit effizienten Lampen oder einem modernen elektronischen System auszustatten. Dadurch könnten der Energieverbrauch um mehr als 30% gesenkt und nach Schätzungen insgesamt etwa 50 Millionen Franken eingespart werden. Die LED-Leuchten dienen zur gezielten Beleuchtung von Strassen und Fusswegen, verbessern die Energieeffizienz und verringern die Lichtverschmutzung.
- Ausbildung: Der Bund und die Kantone müssen verstärkt in die Schulung ihrer Angestellten und Gemeindeverantwortlichen zum Thema der Optimierung des Energiebedarfs in Gebäuden und Anlagen investieren. Bei gleicher Leistung können in einer Anlage allein über die Regulierung des Betriebsmodus 10 bis 20% Energie eingespart werden.

3. Verkehr und Mobilität

Die CVP Schweiz ruft zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik auf, die sich auf den Grundsatz der Koexistenz von motorisiertem Individualverkehr, öffentlichem und langsamem Verkehr stützt. Die steigende Mobilität stellt eine Herausforderung für die Schweizer Städte dar. In zahlreichen Städten und Ballungsgebieten stossen die Verkehrsinfrastrukturen an ihre

Grenzen. In den Stadtzentren muss das Hauptaugenmerk daher auf die öffentlichen Verkehrsmittel und den Langsamverkehr gelegt werden. In den Vorstädten sollten bestmögliche Lösungen für kombinierte Mobilität angeboten werden.

Die CVP verfolgt folgende Ziele und Massnahmen:

- Agglomerationsverkehr: Die Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen in Agglomerationen muss von Gesamtmobilitätsüberlegungen ausgehen. Deshalb soll der Infrastrukturfonds institutionalisiert und die Agglomerationsprogramme im Raumplanungsgesetz (RPG) verankert werden.
- Planung: Bei der Planung neuer Siedlungs- oder Verdichtungsgebiete (z.B. Einkaufs-, Freizeit- oder Sportzentren) ist eine gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel vorzusehen. Die Raumplanungspolitik des Bundes muss auf eine bessere Koordinierung bei der Entwicklung der Gebiete, des Verkehrs und der Wirtschaft achten.
- Verteilung der Pendlerströme: Eine bessere Verteilung der Pendlerströme ist möglich. Neue Arbeitszeitmodelle müssen erarbeitet werden. Telearbeit muss, soweit sie möglich ist, gefördert werden, denn sie trägt dazu bei, die Fahrten zur Arbeit und somit die Umweltbelastung zu verringern.
- Park & Ride: Die Grossstadtgebiete müssen in den Herkunftsregionen der Pendler zur Entwicklung von Park & Ride-Infrastrukturen beitragen und es den Pendlern ermöglichen, schnellstmöglich auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen zu können, um an ihr Ziel zu gelangen. Es muss verhindert werden, dass der Kraftfahrzeugverkehr aus den peripheren Regionen und Ballungsgebieten der Stadtzentren in das Stadtzentrum geleitet wird, wo es durch die öffentlichen Verkehrsmittel wesentlich einfacher ist, sein Ziel schnell zu erreichen.
- Fahrgemeinschaften: Die Initiativen der Mitfahrzentralen in den Grossstadtgebieten und Peripherien und in den Unternehmen müssen intensiviert werden. Zu viele Autofahrer fahren zur gleichen Zeit und in dieselbe Richtung allein in ihrem Fahrzeug.

3.1. Langsamverkehr

Der Langsamverkehr (Fahrrad, Fussmarsch) ist ein nicht zu vernachlässigender Aspekt der Mobilität. Er besitzt ein grosses Potential, den motorisierten Individualverkehr abzulösen, da die Hälfte der in der Schweiz mit dem Auto zurückgelegten Strecken kürzer ist als 5 km. Soll der Langsamverkehr den motorisierten Individualverkehr ablösen, müssen die optimalen Bedingungen hierfür geschaffen werden (Fahrradwege, ausreichend Veloabstellplätze, Beschilderung, Sicherheit). Dem Langsamverkehr muss mehr Bedeutung zugemessen und eine grössere Rolle in den Reflexionen über Mobilität vor allem in den Städten eingeräumt werden.

Die CVP verfolgt folgende Ziele und Massnahmen:

- Velos in Selbstbedienung verfügbar: Die CVP fordert die landesweite Verfügbarkeit von Velos in Selbstbedienung (Beispiel Velib' in Paris) in den Schweizer Grossstädten, wodurch eine grössere Flexibilität bei der Nutzung von Velos erreicht wird.
- Abstellplätze: An den Knotenpunkten der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnhöfe, Einkaufszentren, Geschäftsstrassen, Stadtzentrum usw.) sind ausreichend Abstellplätze für Zweiräder zur Verfügung zu stellen.
- Radwege: Die CVP fordert mehr Radwege sowie deren systematische Integration in die Planungsarbeiten.
- Erleichterter Reiseverkehr: Die Tram- und Busspuren sollen für Elektroräder, Motorroller und Motorräder geöffnet werden, soweit Geschwindigkeitsbegrenzungen und Verkehrsberuhigungen dies ermöglichen.

- Öffentliche Verkehrsmittel: Die CVP fordert mehr Plätze für Velos in den öffentlichen Verkehrsmitteln (vor allem in den Zügen) sowie attraktivere Preise für die Mitnahme von Velos in öffentlichen Verkehrsmitteln.

4. Wirtschaft und Finanzen

Die Stadtgebiete bündeln 84% der Schweizer Wirtschaftskraft, was dem gesamten Land zugutekommt. Andererseits tragen sie besonders hohe finanzielle Belastungen. Ihre Nettoausgaben sind entsprechend 1,4 mal höher als die der Umlandgemeinden.⁴ Diese Lasten entwickeln sich in speziell urbanen Situationen und entstehen aus der sozialen Struktur der Bevölkerung heraus. Hinzu kommen die besonderen Belastungen der Stadtzentren, nämlich solche, die sich direkt aus der Funktion als Zentrum ergeben (öffentliche Sicherheit, öffentliche Verkehrsmittel usw.). Mit der Einführung der NFA⁵ wurde diesen Sonderlasten Rechnung getragen. Der soziodemografische Lastenausgleich (SLA) gleicht die besonderen Belastungen aus, die sich aus der sozialen Struktur und der Funktion als Stadtzentrum ergeben. Dank des SLA hat der Bund sein Engagement in der Agglomerationspolitik und den Infrastrukturprojekten in den Ballungszentren verstärkt. Städte sind zudem wichtige Wirtschafts- und Bildungszentren und müssen der Ort der Innovation sein. Es ist daher wichtig, die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft auszubauen und sich für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den Städten einzusetzen. Die Bedürfnisse der kleinen und mittelständischen Unternehmen sind ebenfalls besonders zu berücksichtigen.

Die CVP verfolgt folgende Ziele und Massnahmen:

- Gemeindefusionen: Durch Gemeindefusionen lässt sich die Steuerbemessungsgrundlage und die Investitionskapazität der fusionierten Gemeinden verbessern und dabei der Bedarf an Infrastruktur verringern, indem sie in den Stadtkern einbezogen werden. Der Bund und die Kantone müssen nach dem Vorbild der bereits in einigen Kantonen eingerichteten Instrumente entsprechende Anreize für den Zusammenschluss von Gemeinden schaffen (Finanzhilfen, technische und administrative Unterstützung, usw.).
- Wirtschaftliche Standortförderung: Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist es, das Wirtschaftsgefüge einer Stadt oder Region zu unterstützen und insbesondere den Unternehmen direkte Hilfe zu leisten (Finanzierung, Suche nach Kapital, Innovation, Beratung, Coaching, Export, Werbung, Grund und Boden, Räumlichkeiten). Diese Wirtschaftsförderung der öffentlichen Körperschaften muss entwickelt und intensiviert werden, um den Unternehmen unseres Landes eine qualitative Betreuung zu bieten und ihnen in Krisenzeiten wertvolle Hilfe zu leisten.
- Städtetourismus / Innotour: Der Städtetourismus ist eine expandierende Branche und treibende Kraft für die Entwicklung des Tourismus. Als Instrument für die Förderung der Innovation in diesem Bereich kann Innotour zu einem wichtigen Entwicklungsfaktor dieser touristischen Form werden. Für die CVP muss Innotour unbedingt dauerhaft unterstützt und die ihm zur Verfügung gestellten Mittel erhalten werden. Auf interkommunaler und regionaler Ebene kann die Neue Regionalpolitik (NRP) eine ähnliche Rolle spielen und muss daher vollumfänglich genutzt werden.
- Geschäfte in der Stadt: Es müssen Instrumente entwickelt werden, um die Geschäfte in den Stadtzentren zu halten. Sehr günstige Angebote der öffentlichen Verkehrsmittel, ja

⁴ 2007 betragen diese Ausgaben insgesamt 3.183 Franken pro Einwohner gegenüber 2.288 Franken in anderen Gemeinden.

⁵ „Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen“

sogar eine kostenlose ÖV-Benutzung in den Stadtzentren, könnten die Geschäfte im Stadtzentrum attraktiver machen und in der Folge die individuelle Mobilität verringern.

5. Kulturpolitik

Städte sind Zentren der kulturellen Entwicklung. Sie bündeln ein reichhaltiges Angebot in den Bereichen wie bildende Künste, Bühnenkunst, Musik, Stadtplanung usw. Die Kultur ist eine wichtige Visitenkarte jeder Stadt, insbesondere in touristischer Hinsicht. Sie gilt als Garant für sozialen Zusammenhalt und gemeinsames Leben. Darüber hinaus ist die Kultur die Schnittstelle privater und öffentlicher Investitionen. Wenn wir das Weiterbestehen, die Verschiedenartigkeit und den Zugang zu diesem kulturellen Angebot gewährleisten wollen, dürfen Investitionen im Kulturbereich nicht von der sozio-ökonomischen Situation abhängig gemacht werden, sondern müssen vielmehr als Grundinvestitionen verstanden werden, die wichtig und vorrangig sind. Der Bund, die Kantone und Regionen müssen ebenfalls mehr in diesen Bereich investieren.

Die CVP verfolgt folgende Ziele und Massnahmen:

- Kantonaler Ausgleich: Im kulturellen Bereich müssen die Städte die Infrastrukturen und Leistungen, von denen auch die Einwohner der benachbarten Gemeinden profitieren, allein schultern. Im kantonalen Finanz- und Lastenausgleich muss entsprechend eine Entschädigung vorgesehen werden, um die Stadtgebiete für ihre hohen kulturellen Investitionen zu entlohnen.
- Förderung der Verschiedenartigkeit: Kultur ist durch ihre Formen und Inhalte der Ausdruck der Verschiedenartigkeit. Sie ermöglicht die Öffnung zum Anderen und die Reflexion über unseren Bezug zur Verschiedenartigkeit. Die zahlreichen in der Schweiz bestehenden Kulturgemeinschaften können die lokale Kultur bereichern. Es ist daher wichtig, dass wir auch die Migrantengemeinden dazu ermutigen, sich kulturell auszudrücken, und das gemeinsame Erleben der verschiedenen Kulturen fördern (Unterstützung bei Sprachkursen, Tanz- und Musikkursen, Eröffnung interkultureller Bibliotheken, multikulturelle Veranstaltungen in gewöhnlichen Kultureinrichtungen usw.).
- Bundesunterstützung: Die Mehrzahl der Veranstaltungen mit überregionaler oder nationaler Bedeutung wird in den mittelgrossen und grossen Städten der Schweiz abgehalten. Um die Städte in ihrem Bemühen um ein kulturelles Angebot im grossen Massstab zu unterstützen, muss der Bund sich aktiver an der Finanzierung dieser Projekte beteiligen oder seine Mittel für die Organisation dieser Veranstaltungen zur Verfügung stellen (z.B. die Armee).

6. Gesellschaftspolitik

Städte sind die wichtigsten Zeugen der Entwicklung unserer Gesellschaft und spielen daher eine Vorreiterrolle in der Gesellschaftspolitik. Diese Entwicklung betrifft alle Alters- und Sozialklassen. Familien haben oft Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden. Sozial benachteiligte Familien (alleinerziehende Elternteile z.B.) brauchen darüber hinaus Strukturen, in denen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sichergestellt ist, um sich eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit aufzubauen. In den Stadtzentren konzentrieren sich zudem die sozial schwächsten Bevölkerungsschichten (Arme, ältere Menschen, Ausländer⁶, Alleinlebende usw.). Die Städte werden zum Schmelztiegel sozialer Probleme

⁶ In der Schweiz leben 85% der ausländischen Bevölkerung in den Städten und Ballungsgebieten.

(Armut, Drogen, Integration von Ausländern, Ghettoisierung usw.). Diese Konzentration der sozial schwächsten Bevölkerungsschichten in den Städten stellt hinsichtlich der Sozialhilfe⁷ eine erhebliche finanzielle Belastung dar, für die der Bund dringend spezielle Finanzbeihilfen für Städte vorsehen muss. Schliesslich bringt die Individualisierung der Gesellschaft Probleme der gesellschaftlichen Vereinsamung mit sich, denen besonders ältere Menschen ausgesetzt sind.

Die CVP verfolgt folgende Ziele und Massnahmen:

- Vorschulerziehung / Frühförderung: Die Eltern spielen bei der Entwicklung und Erziehung des Kindes eine vorrangige Rolle. Zur Förderung des Lernens in der Familie und der Frühentwicklung sollten mehr Projekte entwickelt werden, um die Kompetenzen der Eltern in diesem Bereich zu vertiefen. Massnahmen zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten, die vor dem Erreichen des schulpflichtigen Alters ergriffen werden, sind am wirkungsvollsten und sollten daher landesweit gefördert werden, auch in den familienergänzenden Betreuungseinrichtungen. Die CVP begrüsst die Vervielfachung der Kinderbetreuungsstrukturen im Vorschulalter. Es muss auf bislang nicht genutzte Mittel zurückgegriffen werden, die vom Parlament verabschiedet wurden und dazu dienen, die Schaffung von familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen zu fördern und spezifische Projekte zugunsten einer individuellen Betreuung zu unterstützen.
- Preisgünstiger Wohnraum: Die öffentliche Hand spielt eine wichtige Rolle in der Erarbeitung der Rahmenbedingungen für den Bau von preisgünstigen Wohnungen. Es ist erforderlich, entsprechende Anreize für den Bau solcher Wohnungen zu schaffen, entweder finanzieller Art (Gewährung von Darlehen oder Bürgschaften zu Vorzugszinssätzen, Steuervorteile, usw.) oder über die Bewilligung von zusätzlichen Möglichkeiten in Bezug auf Bauordnungen (Anhebung des Bodennutzungsindex, Erhöhung des zulässigen Gebäudevolumens, Verringerung der Grenzen zwischen den Gebäuden, usw.). Ebenso können bei der Erarbeitung der Nutzungspläne Mindestquoten für die für gemeinnützigen Wohnraum vorzusehenden bebaubaren Flächen festgelegt werden.
- Quartiertreffs: Das Prinzip der « Quartiertreffs » ist auszudehnen. Sie stellen eine gute Grundlage für die Förderung des Dialogs mit den Jugendlichen und der gesamten Bevölkerung dar und dienen dem Aufbau sozialer Bindungen.
- Integration von Ausländern: Mit dem Ziel der Umsetzung der Chancengleichheit und der Förderung des sozialen Zusammenhalts setzt sich die CVP für eine aktive Integrationspolitik ein. Der Staat sollte allen ortsansässigen Migranten (leitende Angestellte in Unternehmen, Professoren an den Hochschulen, Krankenhauspersonal, gering qualifizierte Arbeitskräfte, Familienzusammenführung, Asylberechtigte usw.) gegenüber frei von Diskriminierungen dieselben Erwartungen hegen. Die Migranten müssen einen Nachweis über ihre ernsthaften Bemühungen erbringen, sich in die Gesellschaft zu integrieren, und ihren Beitrag in einer von Natur aus vielfältigen Schweizer Gesellschaft leisten. Alle Mitglieder der Gesellschaft sind aufgerufen, sich gegen Diskriminierung und eine Politik der Angst vor dem Anderen einzusetzen.
- Berufliche Eingliederung: Die CVP setzt sich für Massnahmen zur beruflichen Eingliederung ein, die sich tatsächlich am Arbeitsmarkt orientieren. Unternehmen, die ausgrenzungsbedrohten Personen den Zugang zu einer Erstanstellung ermöglichen, müssen ermutigt und gefördert werden. Unterstützungseinrichtungen, die zwischen geschützten Werkstätten und dem Arbeitsmarkt vermitteln und tatsächlich auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet sind, müssen geschaffen werden, um anfällige und potentiell

⁷ Alleinerziehende Elternteile sind besonders anfällig dafür, Sozialhilfeempfänger zu werden – in den Grossstädten sind zwischen 20 und 25% der Alleinerziehenden von Sozialhilfe abhängig. Der Prozentsatz der Sozialhilfeempfänger bei Kindern liegt ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt in den Städten. Dort leben 8 bis 10 von 100 Kindern von der Sozialhilfe. Der Prozentsatz der Sozialhilfeempfänger unter den Jugendlichen liegt ebenfalls über dem Durchschnitt.

aktive Randgruppen der Bevölkerung aus den parallelen Strukturen und den Sozialhilfesystemen herauszulösen (Asylanten, Menschen mit Behinderung, Menschen ohne Ausbildung usw.).

- Programm « Projets urbains »: In der Schweiz ist in vielen Wohnvierteln kein sozialer Zusammenhalt erkennbar. Während die Schweizer Grossstädte spezielle Dienste für die Lösung dieser Probleme eingerichtet haben, verfügen die kleinen und mittelgrossen Städte nicht über die erforderlichen Mittel. Das von sechs eidgenössischen Ämtern ins Leben gerufene Programm « Projets urbains – Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten » unterstützt gegenwärtig 11 kleine und mittelgrosse Städte, unter Einbeziehung der Bürger Massnahmen zur Neugestaltung ihres Lebensraums zu erarbeiten, wodurch der soziale Zusammenhalt gestärkt wird. Dieses Programm wird auf den Zeitraum 2012-2015 mit 10 bis 12 neuen Städten erweitert. Die CVP unterstützt dieses Programm und fordert die Verdopplung des hierfür zur Verfügung gestellten Jahresbetrages von 500 000 Franken auf eine Million Franken, um den Wirkungsbereich des Programms auszuweiten.
- Mehrgenerationenhäuser: Projekte für Mehrgenerationenhäuser müssen gefördert werden. Das Konzept der Mehrgenerationenhäuser sieht vor, dass verschiedene Generationen unter einem Dach leben. Innerhalb des Wohnkomplexes bietet es zudem eine gewisse Mobilität in Abhängigkeit von der Entwicklung der Lebens- und familiären Bedingungen.
- Sozial-Notfalldienst: In den grossen Städten und Ballungsgebieten der Schweiz müssen nach dem Vorbild der im Jahr 2004 durch den Genfer Staatsrat Pierre-François Unger (CVP) ins Leben gerufenen UMUS mobile Dienste für soziale Notfälle eingerichtet werden. Krisensituationen im Zusammenhang mit sozialer Unsicherheit, Gewalt und Ausgrenzung betreffen eine stetig wachsende Anzahl von Bürgern. Diese sozialen Notfalldienste stehen auch nach den Öffnungszeiten der Büros zur Verfügung und bieten geeignete Lösungen (interdisziplinär, mobil, schnell), wo eine Einweisung in ein Krankenhaus oftmals unangebracht ist.
- Seniorentreffs: Die Schaffung von Treffpunkten für ältere Menschen (Senioren) mit Betreuungs- und Unterhaltungsangeboten muss in den Schweizer Städten gefördert werden. Als Vorbild dient hierfür beispielsweise das Konzept « Cité Seniors » des Sozialdienstes der Stadt Genf.
- Häusliche Pflege durch Angehörige: Angehörige spielen bei der häuslichen Pflege eine zentrale Rolle. Oft sind es die Ehegatten, die diese Verantwortung übernehmen und viel Zeit und Energie aufbringen. Um sie vor möglichen negativen Folgen für ihre eigene Gesundheit zu schützen, müssen diese Menschen in den Genuss von Entlastungsmöglichkeiten kommen. Die CVP fordert die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für einen Erholungsurlaub für Menschen, die einen Angehörigen zu Hause pflegen. Wir fordern ausserdem die Schaffung von Tagesbetreuungsplätzen für ältere Menschen, um Angehörige zu entlasten, die deren häusliche Betreuung übernehmen, sowie eine Betreuungszulage in Höhe von 50 Franken pro Tag.
- Betreutes Wohnen: Der Bau von Einrichtungen des betreuten Wohnens für ältere und behinderte Menschen muss von den öffentlichen Körperschaften weiter gefördert werden, zum Beispiel indem günstiger Baugrund zur Verfügung gestellt wird. Mit diesen Wohnformen wird der Wunsch der älteren Menschen nach der Wahrung ihrer Selbständigkeit respektiert und die Unterbringung in einer Einrichtung verzögert oder verhindert. Sie wirken zudem der sozialen Vereinsamung entgegen.